Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 158.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 3. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung.

Berlin, 2. März. 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Graf Stolberg, von Kameke, v. Verdy u. A.

Der Präsident erklärt nachträglich in Bezug auf eine persönliche Bemerkung des Abg. v. Treitschke in der gestrigen Sitzung, die ihm bei dem Organ des Redners unverständlich geblieben war, daß er den gegen den Abg. Richter gebrauchten Ausdruck „perfide", wenn er ihn verstanden, für parlamentarisch unzulässig erklärt hätte. — Der Abg. v. Forckenbeck, dessen Betheiligung an der heutigen Debatte von mancher Seite erwartet wurde, ist durch Unwohlsein zu erscheinen verhindert.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. Ergänzungen und Aenderungen des Reichs-Militärgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Frankenberg (deutsche Reichspartei): Die deutsche Reichspartei theilt vollkommen die Erwägungen, mit denen Graf v. Moltke gestern seine Rede begonnen hat. Wir bedauern sehr, daß dem deutschen Volke eine noch schwerere Rüstung auferlegt werden soll, als es schon heute zu tragen hat. Aber nach gewissenhafter Prüfung aller Gründe für und wider werden wir in unserer großen Mehrheit entschieden für diese Vorlage eintreten. Was die Regierung in der heutigen politischen Lage sagen konnte, ist in den Motiven ausgesprochen, indem es als unmöglich bezeichnet wird, ohne ernste Gefahr die unter anderen Voraussetzungen festgestellten Grenzen unserer Wehrkraft innezuhalten. Zugleich weisen die Motive auf die Möglichkeit eines gleichzeitigen Krieges auf mehreren Fronten hin. Diese Motive erkenne ich in vollem Umfange an. Ich freue mich, daß der Kriegsminister gestern erklärt hat, er sehe eine unmittelbare Gefahr eines Krieges nicht voraus, und in der ganzen Gesetzesvorlage finde ich dies bestätigt; denn wenn man einen Krieg vor der Thür sieht, kann man zu neuen ruhigen Organisationen, die Zeit brauchen, nicht übergehen. Gleichwohl gestehe ich dem Kriegsminister, so viel Vertrauen ich in ihn setze, in seiner Uebersicht über die europäische Lage keine vollständige Prophetengabe zu, die er wohl auch für sich jedenfalls nicht beansprucht. Wer mit offenen Augen die Vorgänge der letzten Jahre verfolgt hat, der weiß, daß Kriege manchmal so unerwartet hereinbrechen, wie Ungewitter, und daß Niemand, auch nicht der Bestunterrichtete in der Lage ist, eine Garantie für einige Zeit hinaus zu geben. Zu meinem lebhaften Bedauern erklärte gestern der Abgeordnete Reichensperger, daß seine Partei nicht für die Vorlage stimmen könne; ich hoffe aber, daß wenigstens ein Theil des Centrums sich für dieselbe erklären wird. Sie haben im vorigen Jahre so viel Verständniß für die Bedürfnisse des Reichs und so viel Wohlwollen für dessen Stärkung gezeigt, daß ich wirklich gehofft hatte, Sie würden auf diesem, von den Konservativen auch in diesem Jahre betretenen Wege weiter gehen. Der Abg. Reichensperger vertheidigt seine ablehnende Haltung mit der Höhe der schon jetzt unerschwinglichen Lasten. Aber unsere Ausgaben für das Heer sind nur eine Assekuranzprämie, die wir in der Höhe der Güter zu zahlen haben, die wir zu vertheidigen haben. Wenn der Reichstag der Regierung das eklatante Mißtrauensvotum geben wollte, die Vorlage abzulehnen, so würde eine unmittelbare ungeheure Schädigung unseres Nationalvermögens die Folge sein. Sie würden dann eine Pleite an der Börse erleben, die wahrscheinlich in wenigen Tagen das aufzehren würde, was die ganze Armeeverwaltung uns auf viele Jahre hin kosten wird. Mit Recht sagte der Abg. Reichensperger, der Staatsmann, der die Abrüstung in die Hand nehme, werde sich den Dank aller Völker erwerben, obwohl ich auch mit Herrn v. Treitschke meine, daß wir leider in diesem Jahrhundert nicht zur Abrüstung kommen werden; aber ich möchte den Abg. Reichensperger und seine Freunde doch in vollem Ernst und voller Ueberzeugung auf den einzigen Mann hinweisen, der in der zivilisirten Welt diese Aufgabe mit Erfolg in die Hand nehmen könnte. Das ist Se. Heiligkeit der Papst. Seine erhabene Friedensaufgabe wäre es, sich an die Spitze derjenigen zu stellen, welche die Völker zum Frieden führen wollen. Ich glaube, wenn der Abgeordnete Reichensperger seinen großen Einfluß nach dieser Richtung geltend machen könnte, so würde dies eine sehr dankbare Aufgabe sein. Ich bedaure, daß der Abg. Reichensperger nur mit Lächeln darauf antwortet; bei einigem Ernste wird er die Sache wohl anders auffassen. Das Einvernehmen unserer Regierung mit Frankreich ist bekanntlich zur Zeit das beste. Das beim berliner Kongreß mit dem Leiter der französischen Politik hergestellte Einvernehmen hat angedauert und sehr gute Proben bestanden. Aber der damalige Leiter der französischen Politik ist gestürzt worden, und wenn auch an seine Stelle ein Mann getreten ist, dem unsere Reichsregierung, so viel mir bekannt, dasselbe Vertrauen entgegenbringt, so muß sich der aufmerksame Beobachter der französischen Verhältnisse doch sagen, daß die Strömung immer gefährlicher wird und immer weiter nach links geht, so daß Niemand zu beurtheilen vermag, welchen Ueberraschungen wir dort gegenüberstehen. Wer hat, wie man sagt, schon heute dort die Fäden in den Händen, wer läßt die Schauspieler spielen und wird auftreten, wenn seine Zeit gekommen? Es ist der Diktator von 1871, der damals die Volksheere aus dem Boden stampfte und der Beendigung des Krieges die größten Schwierigkeiten bereitete. Ich habe nicht das Vertrauen, daß unter der Diktatur oder Präsidentschaft Gambettas der Frieden ebenso gesichert wäre, wie unter der jetzigen Regierung. Darum sehen wir uns bei Zeiten vor! Bei den Debatten über die Militärfrage herrscht im französischen Parlament eine ganz erstaunliche Einigkeit. Das Gesetz vom 13. März 1875, das dem französischen Volke eine bei weitem größere Militärlast auferlegte, als die Regierung heute von Deutschland verlangt, wurde einstimmig angenommen. Darum möchte ich, daß auch bei uns ein mit imposanter Majorität gefaßter Beschluß zu Stande komme. Nur mit Vorsicht und ungern gehe ich auf unser Verhältniß zu Rußland ein. Ich bitte Sie, dem Abg. Reichensperger in seiner Vertrauensseligkeit gegenüber den aus dem Osten drohenden Gefahren nicht zu weit zu folgen. Im Jahre 1874 konnte der Reichskanzler noch, als der Abg. Jörg in etwas zweideutiger Weise Mißtrauen gegen Rußland säen wollte, erwidern, über solchen Angriffen stehe unsere Freundschaft zu Rußland thurmhoch erhaben, solche kleinen Pfeile reichen da nicht hinauf. Dieses geflügelt gewordene Wort würde heut wohl zurückzunehmen sein. Meiner Auffassung nach haben wir wohl noch ein Dreikaiserbündniß, aber hinter dem gewaltigsten Herrscher der drei Kaiser ist sein Reich heute nicht mehr zu finden. Der Kaiser Alexander ist von einer Schaar von Männern umgeben, welche aus ihrer Feindschaft gegen das deutsche Reich eigentlich gar kein Hehl mehr machen. Wer die Geschichte des vergangenen Sommers mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß sich sagen, daß eine solche Fülle von Haß und Feindschaft in den leitenden Kreisen gegen uns aufgehäuft ist, daß es bloß des Gelingens eines der zahllosen Mordanschläge, die jetzt versucht und geplant worden sind, bedarf und wir stehen einer unabsehbaren Gefahr gegenüber. Ich weiß, wie gefährlich es ist, in dieses Thema einzugehen, weil man nur zu leicht für viele Kreise schädliche Beunruhigungen hervorruft. Aber es muß von dieser Tribüne aus gesagt werden, wir sind in Gefahr. Wie ist der durchaus friedliebende Kaiser Alexander in den Orientkrieg hineingekommen? Er ist völlig wider seinen Willen dazu getrieben worden. Wer kann also heute garantiren, daß es nicht wieder seiner Umgebung gelingt, ihn bis an den Rand des Abgrundes eines Krieges gegen Deutschland — denn solch' ein Krieg wäre ein Abgrund für Rußland — zu führen? Das Mißtrauen, mit dem man im übrigen Europa uns als Neuling unter den Staaten ansieht, ist, wie ich hoffe, in dem stammverwandten Oesterreich abgethan und begraben. Ich freue mich, daß das Zentrum nicht mehr das Mißtrauen gegen die Friedfertigkeit der Politik der deutschen Regierung äußert. Die großdeutsche Politik, für die das Zentrum so enthusiasmirt ist, hat im vorigen August ihren günstigsten Abschluß gefunden. Aufrichtige Freude und Zustimmung haben die Augusttage von Wien im ganzen deutschen Volke und auch beim Zentrum gefunden. Wir wissen instinktiv, was dort gesagt worden ist, wenn es uns auch nicht im Wortlaut vorliegt. Aber zur Erfüllung des Vertrages muß die Kraft auf beiden Seiten da sein. Diese Basis hat Oesterreich vor einigen Wochen durch Festsetzung des Heeresetats auf 10 Jahre geschaffen. Die Antwort des deutschen Volkes muß die sein, daß wir eine ebenso kräftige und bewährte Hand dem österreichischen Bundesstaate entgegenreichen. (Beifall rechts.)

Abg. Schenk v. Stauffenberg: Meine Herren, es werden nur wenige Mitglieder in diesem Hause sein, welche nicht mit schwerem Ernst an diese Vorlage herantreten und sich ihr gegenüber nicht ihrer Verantwortlichkeit und zwar nach allen Seiten hin bewußt sind. Auch werden nur wenige von vornherein entschlossen sein, die Vorlage unter allen Umständen, es mag da kommen, wie es wolle, abzulehnen. Aber ganz sicher ist sie eine schwere, die zu den schweren Lasten, die wir tragen, noch schwerere hinzufügt. Sie kommt in einer sehr ernsten Zeit; Niemand leugnet den Ernst der gegenwärtigen Lage, und ich erkenne sie ganz und voll an. Doch würden alle näheren Erörterungen über diesen Punkt sich nur mit bekannten Dingen beschäftigen und nur von untergeordnetem Werth sein, wenn uns nicht Eröffnungen des leitenden Staatsmannes gemacht werden. Aber die Vorlage ist auch von einschneidender Wichtigkeit, weil sie ein Richt- und Merkstein unserer künftigen konstitutionellen Entwickelung sein wird. Ich stimme damit mit einem Theil der Redner von gestern vollständig überein, insbesondere gab Herr v. Bennigsen diesem Gedanken einen äußerst glücklichen Ausdruck: die Bewilligungen für unsere Armee werden nicht der Regierung gemacht, sondern sind im Interesse des ganzen Volkes geboten. Bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen, die überall, auch in Frankreich vorkommen, hat der Reichstag die Armee von jeher nicht als ein Machtmittel der Regierung, sondern als ein Machtmittel des Staates, als ein Macht- und Schutzmittel des ganzen Volkes betrachtet und noch niemals ist von irgend einer erheblichen Majorität in diesem Hause an der eigentlichen Machtstellung des Reiches und an ihrer Grundlage, dem deutschen Heere, zu rütteln versucht worden. (Sehr wahr!) Ich betone das mit Rücksicht auf die gestrigen Aeußerungen, daß das Ausland diese Debatten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Mag unter uns in einzelnen Punkten eine Meinungsverschiedenheit bestehen: über die Hauptsache selbst kann keine bestehen, und das Ausland soll wissen, daß das ganze Haus die Aufrechterhaltung dieses uns unter allen Umständen nothwendigen Mittels ganz sicher im Auge behalten und anstreben wird. Aber wir sind bei Prüfung dieser Vorlage nicht darauf angewiesen, ihre Acceptation von vornherein und bedingungslos schon jetzt zu erklären. Das geht sogar über das hinaus, was unser hochverehrter Kriegsminister gestern selbst erklärte, daß das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für den Reichstag eine gründliche und sachliche Prüfung der Vorlage keineswegs ausschließt, sondern vielmehr verlangt. In diesem Stadium der Debatte kann man freilich diese Prüfung im Einzelnen nicht beginnen, der Kriegsminister selbst hat die Motive der Vorlage als nicht erschöpfend, als nur mehr oder weniger in Andeutungen sich bewegend anerkannt, die gestrige Debatte hat wenig mehr zu Tage gefördert und die Berathung des Detail wird vorbehalten bleiben müssen. Kurz berühren will ich nur folgende Punkte. Nicht nur das deutsche Reich, sondern alle Kulturstaaten Europa's tragen an ihrer Militärrüstung eine Last, welche nach allgemeinem Verständniß die Grenze des Tragbaren erreicht hat. Die unsrige soll nicht in sehr hohem, aber doch fühlbarem Maße noch vermehrt werden. Dieser Gesichtspunkt darf bei aller Rücksicht auf die Wehrhaftigkeit des Landes bei der Detailberathung in keiner Weise außer Augen gelassen und zunächst muß in der Kommission untersucht werden, wie diese Mittel für die Mehrbelastung, wenn sie bewilligt wird, getragen werden sollen, ob es nicht möglich ist, innerhalb der Mittel und innerhalb der Bewilligung der Kriegsverwaltung wenigstens einen Theil der Mehrbelastung auszugleichen. Diese Frage muß mit Ernst und Energie in Angriff genommen werden, sie kann aber — und ich betone das ausdrücklich — nur mit der Kriegsverwaltung und Hand in Hand mit ihr gelöst werden; eine Lösung gegen die Kriegsverwaltung würde ich im gegenwärtigen Augenblicke wirklich nicht wünschen, aber ich glaube, daß das beiderseitige Interesse uns dahin führen wird, nach irgend einer Richtung einen Ausgleich zu finden. Vielleicht eignet sich mehr für die allgemeine Debatte der zweite Punkt. Herr v. Bennigsen sprach gestern von einem Konflikt zwischen Recht und Pflicht bei diesem Gesetz und führte aus, daß wir unser Recht gegen die Pflicht, wenn sie so gebieterisch spricht wie im gegenwärtigen Augenblick, zurückzustellen hätten. Ich frage: Ist dieser Konflikt zwischen Recht und Pflicht auch wirklich vorhanden? Stehen sich Recht und Pflicht in dieser Frage so unvereinbar gegenüber? Ist es nicht wie bei allen anderen Fragen, welche uns das Gangwerk des konstitutionellen Apparats vorlegt, absolut nothwendig, den Ausgleich zu suchen und zu finden? Es ist von unserem Recht gesprochen worden. Dieses Recht ist nicht allein unser Recht; es ist auch das Recht unserer Mandaten, das Recht des ganzen Volkes. (Sehr wahr!) Wenn es scheinen möchte, als wäre jetzt in weiten Volkskreisen das Bewußtsein für dieses Recht geschwunden, so soll man uns wenigstens nicht nachsagen, daß wir nicht, wenn auch als die Letzten, es aufrecht erhalten. Wenn wir diese Fahne senken, so wird gewiß Niemand mehr sein, der sie aufrecht erhält; sie wird von Parteien aufgenommen werden, deren Herrschaft wir Alle im Interesse des Reiches nicht wünschen. (Sehr wahr!) Aber diese Vorlage muthet uns nicht nur zu, auf unser Recht zu verzichten, sondern auch auf unser Recht wenigstens für einen oder zwei künftige Reichstage und künftige Wählerschaften zu verzichten. Als wir vor sechs Jahren den Präsenzstand auf 7 Jahre festzustellen beschlossen, war die Sachlage eine wesentlich andere. Damals handelte es sich um eine ganz junge Organisation, wenigstens für einen sehr großen Theil unseres Vaterlandes, es handelte sich darum den nothwendigen Spielraum für ihre erste Einrichtung und Entwickelung zu gewähren, zum ersten Mal die gesammten deutschen Wehrkräfte in einem Gesetz, in einer organisatorischen Einrichtung zusammenzufassen, zum ersten Mal wenigstens für einen großen Theil unseres Vaterlandes die Rechte und Pflichten des einzelnen Militärpflichtigen gesetzmäßig ganz genau und zweifellos festzustellen. Damals hatten wir das Recht, auf diesen Ausweg einzugehen, aber die Bewilligung eines zweiten Septennats würde einen wesentlich anderen Charakter haben als die des ersten. Sie würde zwar niemals den einer ständigen Rechtsinstitution gewinnen, aber die Gewohnheit dieser Ordnung der Dinge noch weiter befestigen, gegen die sich am Schluß des zweiten Septennats noch schwerer ankämpfen ließe als am Schluß des ersten. Bei Feststellung des ersten wollte man doch nicht nach Ablauf desselben, wenn nicht von Rechts wegen, so doch selbstverständlich ein zweites an seine Stelle setzen, ja das erste wäre vielleicht gar nicht zu Stande gekommen, wenn das als die Meinung der Majorität erkennbar hervorgetreten wäre; vielmehr wurden von der rechten wie von der linken Seite ganz verschiedene Erwartungen an das Aufhören des Septennats geknüpft. Nun frage ich aber weiter: ist der gegenwärtige Augenblick günstig, um unsere Militäreinrichtungen auf eine so außerordentlich lange Zeit — denn eine lange Zeit ist es in unserer schnelllebenden Zeit — festzustellen? Graf Moltke hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für den allergünstigsten, um gewisse militärische Reformen, die er allerdings auch prinzipiell bekämpft hat, anzubahnen oder einzuführen. Ich will ihm das in gewissem Sinne vollständig zugeben; aber ich frage: wenn dieser Zeitpunkt zugestandener Maßen als der ungünstigste für eine ziemlich allgemein verlangte Reform erachtet wird, ist er denn geeignet diese Reform auf eine so lange Reihe von Jahren vollständig unmöglich zu machen? (Sehr wahr! links.) In allen konstitutionellen Staaten ist die Ziffer, um die es sich im § 1 des vorgelegten Gesetzes handelt, eine weit aus beweglichere im konstitutionellen Sinne, als sie es bei uns bis jetzt gewesen ist. In keinem einzigen Staate hat die Bewilligung der Ziffer in den letzten Zeiten zu irgend einem Anstande, einer Krisis, ja auch nur zu einer besonderen Aufregung geführt; haben wir es da nothwendig, uns gegen künftige Gesinnungen der Wählerschaft, des Volkes und gegen künftige Reichstage sicher zu stellen? (Sehr gut! links.) Sind wir dazu berechtigt? Das deutsche Volk hat seine Gesinnung gegenüber seiner Armee seit einer langen Reihe von Jahren vollständig bewiesen. Man beruft sich und zwar mit vollem Recht auf diese Gesinnung, um ein gewisses Vorgehen mit der Gesinnung der Wähler zu decken. Welch ein Widerspruch, diese Gesinnung als vorhanden anzunehmen und so umfassende Vorsichtsmaßregeln gegen ihr Aufhören zu treffen! (Sehr gut! links.) Es ist von der ungünstigen Lage der Parteiverhältnisse in diesem hohen Hause gesprochen worden; ich darf darauf bei dieser Berathung nicht näher eingehen. Nur soviel will ich sagen: für die liberale Partei sind die Parteiverhältnisse ganz gewiß wesentlich ungünstig; daß sie aber für die Regierung ungünstiger geworden sind, dem widerspricht doch die Erfahrung der letzten Jahre und die Erfahrung der Zukunft wird es villeicht auch nicht beweisen. Steht nicht bei uns durch § 2 des Militärgesetzes das ganze Gefüge, das ganze Gerüst der Armee so fest, wie in gleichem Maße kaum in einem anderen Staat? Die ganze Gestaltung, das Knochengerüst der Armee haben wir für immer in dem Militärgesetz festgestellt. Mit Unrecht hat man auf den Streit im österreichischen Reichstage im v. J. exemplifizirt. Dort handelte es sich nicht um die Fragen, um die es sich jetzt bei uns handelt, sondern um die der Kriegsstärke, um die Frage jener bei uns für immer festgestellten Formationen, welche in Oesterreich nach langen und hartnäckigen Kämpfen im Sinne der Regierung auf zehn Jahre festgestellt sind. Das ist der wesentliche Umstand zwischen uns und Oesterreich. Bei uns hat sich diese Feststellung des Militäretats auf längere Zeit, diese nicht mehr regelmäßige, sondern ruckweise Bewilligung mit großen Schwierigkeiten vollzogen, sie nahm den Charakter einer Staatsaktion an, führte zu einer Krisis im Hause und zog die peinliche Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich. Das ist die Folge der langen Zeitperiode und des Provisoriums, in welches wir diese ganze Sache verlegen. (Sehr richtig! Nicht allein im Interesse der Rechte dieses Hauses und seiner Auftraggeber, sondern auch in dem der Armeeverwaltung und einer ruhigen Entwickelung müßten die Bewilligungen für die Armee ebenso behandelt werden wie alle anderen Staatsausgaben. Im Moment ist das Richtige nicht das Erreichbare; ein starker Widerspruch, wie ich annehme, aus Mißverständniß, verhindert das. Aber ich frage: wäre es denn ein maßloses Verlangen, wenn man wenigstens — ich nenne jetzt das Wenigste — verlangte, daß das Budgetrecht des nächsten Reichstages gewahrt würde? Ich persönlich würde es für einen ungeheuren Gewinn halten, wenn die Feststellung dieses Zustandes in verfassungsmäßiger Weise in irgend einer Form erreicht würde. Durch diese wenigen Worte wollte ich dem Standpunkte einer, wenn auch kleinen Anzahl politischer Freunde hier Ausdruck geben, die sich gewiß nicht mit leichtem Herzen entschlossen haben, einen eigenen Weg zu gehen und überzeugt sind, daß um der ganzen Entwickelung unserer Zukunft willen, der Ausgleich zwischen Recht und Pflicht hier absolut nothwendig ist. Wir werden uns von Niemand nachsagen lassen, unsere patriotische Pflicht gegen Reich und Volk nicht erfüllt zu haben, wir wollen aber auch sein Recht nicht aufgeben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Maltzahn-Gültz: Mit Freuden konstatire ich ein doppeltes Ergebniß der bisherigen Verhandlungen: es ist im Reichstage — wie ich es allerdings im Voraus erwartet habe — keine Stimme laut geworden, die nicht ausdrücklich betont hätte, daß Alles, was für die Ehre und Unabhängigkeit der Stellung des Vaterlandes nothwendig sei, vom deutschen Reichstage bewilligt werden würde. Das zweite Ergebniß der Verhandlungen ist, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß die Vorlage voraussichtlich in allen ihren wesentlichen Bestimmungen mit einer nicht unbedeutenden Majorität vom Hause angenommen werden wird. Wir, die wir für die Vorlage eintreten, können nicht viel mehr bringen als Variationen über das Thema: die Mehrbelastung ist nothwendig. Die Last, welche die Vorlage auferlegt, wird auch von mir und meinen Freunden nicht unter-

schätzt. Die Bedenken wegen der finanziellen Opfer haben heute nicht mehr das Gewicht, welches sie vor zwei Jahren gehabt haben würden. Ich gerade hebe dies hervor, weil den Herren erinnerlich sein wird, daß ich auf Seiten der Freihändler gestanden, aber ebenso entschieden den Standpunkt vertreten habe, daß wir das Land zur Uebernahme größerer Lasten vorbereiten, aber das Tragen derselben durch Erleichterung der jetzt bestehenden möglich machen müssen. Die Bewilligungen sind nicht in dem Maße erfolgt, wie wir es gewünscht haben, aber es figuriren in unserem Budget bereits eine erhebliche Anzahl von Millionen, die durch eine Anspannung der indirekten Steuern herbeigeschafft worden sind und die dem Lande die Last, welche die Vorlage bringt, tragen helfen. Der Abg. Reichensperger hat darauf hingewiesen, daß in Rußland die Bataillonsstärke nur auf dem Papiere stehe, aber die Volkszahl, welche dahinter steht, ist in Rußland viel größer als in Deutschland. Der Abg. Richter hat nachzuweisen gesucht, daß die Präsenzzahl in Frankreich der in Deutschland gleichstehe. Wenn dies auch der Fall ist, so muß doch ein Blick auf die Karte überzeugen, daß eine gleich hohe Präsenzziffer in Frankreich etwas anderes bedeutet als in Deutschland, denn Frankreich hat nur e i n e Grenze, die gegen Deutschland, zu vertheidigen. Was die Schaffung einer neuen Klasse der Ersatzreserve betrifft, so kann ich erklären: wenn wir auch im Allgemeinen dieser Maßregel zustimmen, so haben wir doch gewisse Bedenken dagegen, die jedoch bei der Besprechung in der Kommission ihre Lösung finden werden. Wenn wir zur zweijährigen Dienstzeit kommen könnten, so würde die finanzielle Ersparniß eine große sein, unsere wirthschaftlichen Interessen würden viel dadurch gewinnen, aber ich kann mich nur nicht davon überzeugen, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit möglich ist. Der Abg. Richter hat sich gestern auch auf militärische Autoritäten berufen; wenn er beiläufig bemerkt hat, daß der betreffende Generalstabsoffizier, der sich für die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen hat, bald nicht mehr im Generalstab gewesen sei, so muß ich doch erwähnen, daß er vor nicht allzu langer Zeit als Führer einer Generalstabsreise in meinem Hause einquartiert war. (Hört!) Diesen einzelnen Militärs steht aber die große Mehrzahl aller anderen militärischen Autoritäten gegenüber, welche nach den Verhältnissen Deutschlands eine zweijährige Dienstzeit nicht für möglich halten. Wenn der Abg. v. Stauffenberg es im Interesse der Militärverwaltung für richtig gehalten hat, die Friedenspräsenz nicht ruckweise zu ordnen, sondern eine jährliche Prüfung der Frage wünscht, dann weiß ich nicht, warum er sich vor sieben Jahren dem widersetzt hat, daß gesetzlich fixirt werden solle, die damalige Präsenz solle bestehen, bis sie gesetzlich geändert werde; dazu konnten wir diese Frage alljährlich erwägen. Der Frage, ob wir alle sieben oder neun oder fünf Jahre die Frage diskutiren sollen, lege ich kein großes Gewicht bei. Ich kann nur mit dem Wunsche schließen, daß ein möglichst einstimmiger Beschluß dieser Kommission herbeigeführt werden könne und daß der Reichstag in zweiter und dritter Lesung gegen möglichst wenige Stimmen bewilligen möge, was im Interesse des Landes nothwendig ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. W i n d t h o r s t: Meine politischen Freunde und ich sind damit einverstanden, daß die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen wird. Mit Rücksicht darauf, daß erst die Kommissionsprüfung ein abschließendes Urtheil ermöglicht, hätte ich im gegenwärtigen Augenblick am liebsten geschwiegen und erst das Resultat der Prüfung abgewartet, an welcher wir uns in vollster Loyalität betheiligen werden. Es kamen aber in der bisherigen Debatte verschiedene Gesichtspunkte zum Vorschein, welche mich zu einigen Gegenäußerungen zwingen. Daß wir der Bedrohung durch das Ausland gegenüber unser Vaterland schützen wollen, scheint mir so wenig einer Versicherung zu bedürfen, daß mir eine solche Versicherung eher wie ein Zweifel vorkommt, der absolut nicht bestehen darf. Dadurch aber ist nach meiner Ansicht die Nothwendigkeit, die Regierungsvorlagen in Bezug auf die Heeresorganisation zu prüfen, durchaus nicht ausgeschlossen. Ich glaube, wir stehen zunächst vor der Frage, ob die von uns verlangte Vermehrung des Heeres nothwendig ist. Ist sie nothwendig, muß sie bewilligt werden. Diese Nothwendigkeit ist mir aber bis jetzt nicht nachgewiesen. Alle die in der Debatte bisher gehörten Aeußerungen sind nur mit vielen Variationen durchzogene Wiederholungen früherer Reden, die aus Anlaß der Fixirung oder Erhöhung des Militäretats hier gehalten wurden. Worauf der in allgemeinen Redewendungen geltend gemachte Ernst der gegenwärtigen Situation zurückzuführen ist, weiß ich meinestheils absolut nicht. Offiziell liegt uns nichts vor als die Thronrede, nach welcher wir mit allen Nationen in Frieden leben, und das hat uns der Herr Kriegsminister gestern noch offiziell bestätigt. Man weist auf die verstärkten Heere der anderen Nationen hin, auf Frankreich und Rußland und zwar merkwürdigerweise nur auf diese beiden, obschon auch andere eine Vermehrung ihrer Heere bewirkt haben. Einer europäischen Koalition gegenüber müßten wir allerdings noch ganz andere Anstrengungen als gegenwärtig machen, abgesehen davon, daß die Macht Frankreichs und Rußlands — und vielleicht die des einzelnen Landes — schon größer ist als die unsrige. Dieses Argument beweist zu viel und deshalb nach meiner Ansicht gar nichts. Kein Staat der Welt ist im Stande, eine Armee zu halten, welche genügt, um einer europäischen Koalition gegenüber Stand zu halten. Unter solchen Verhältnissen bleibt also nichts übrig, als daß der Staat seine Politik so einrichtet, daß es zu einer derartigen Koalition überhaupt nicht komme oder daß er Allianzen gegen eine Koalition anderer Mächte hat. Und mit Rücksicht darauf wäre es sehr wünschenswerth, wenn wir etwas mehr Licht in Sachen unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn hätten. Ich begrüße es im höchsten Maße und bin dem Staatsmann, der es herbeigeführt hat, sehr dankbar. Es ist das nichts anderes als die Rückkehr zu dem, was man niemals hätte verlassen sollen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe die Ueberzeugung, daß der Friede der Welt und die Ruhe in Europa nur gesichert sein kann und wird, wenn ein festes Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich besteht, und an dem Tage, an dem es gelingen sollte, ein organisch staatsrechtliches Verhältniß zwischen uns und Oesterreich herzustellen, würden wir unsere Bataillone abrüsten können. Wenn die Hoffnung sich geltend gemacht hat, eine Aenderung des jetzigen Armeestandes anstreben zu können, so will ich für meine Person bei der gegenwärtigen Konstellation davon absehen; aber um so mehr Bedenken habe ich gegen eine Vermehrung. Herr v. Bennigsen hat gestern meinen Freunden und mir seinen Dank dafür ausgesprochen, daß wir die Mittel zur Bestreitung dieses Etats so bereitwillig bewilligt haben und der Vorredner hat Aehnliches in anderer Form gesagt. Ich muß diesen Dank, der einen Beigeschmack von Hohn hat, ausdrücklich zurückweisen. Mein verehrter Landsmann wird sich erinnern, daß er mit der Mehrzahl seiner Freunde ganz bereit war, für Schutz und Finanzzölle zu stimmen (Widerspruch); nur der Antrag meines Kollegen v. Franckenstein hat ihn davon abgehalten. Ich glaube ein Mann, der eine solche Stellung zur Steuerreform eingenommen, hat kein Recht, in diesem Tone zu sprechen. Ich habe ferner damals Namens meiner Freunde ausdrücklich erklärt, daß wir diese Bewilligungen nicht zu Zwecken des Militäretats machen und dagegen ist weder aus dem Hause noch seitens der Regierung Widerspruch erfolgt. Wenn damals, was ich nicht annehmen will, schon irgend ein Gedanke an die uns jetzt gemachte Vorlage vorhanden war, so müßte ich ein derartiges Vorgehen — um nur diesen Ausdruck zu gebrauchen — unbegreiflich finden. Die Bennigsen'sche Rede, als rhetorischen Beiwerks und aller nicht zur Sache gehörigen Exkursionen entkleidet, ist weiter nichts, als die Anerkennung des Satzes vom „beschränkten Unterthanen-Verstand". Weshalb ist denn dann der Reichstag noch da? Mag uns die Fähigkeit des selbstständigen Urtheils oder die des Charakters fehlen, in beiden Fällen bleiben wir besser zu Hause. Ich gestehe, daß es mir sehr schwer wird, mich ablehnend gegen diese Vorlage zu verhalten und daß viele Gründe mich dringend wünschen ließen, ja zu sagen. Besonders wünschenswerth erschiene es mir auch deshalb, um auch in dieser Frage mit den Herren von der konservativen Partei zusammenzugehen. Indessen bin ich der Meinung, daß die Herren von der konservativen Partei nur ihrer Ueberzeugung folgen, wenn sie ja sagen, wie auch wir, wenn wir nein sagen sollten, nur in pflichtmäßiger Ueberzeugung handeln werden. Herr v. Bennigsen hat auch von der Fatalität der Parteiverhältnisse gesprochen. Dieser Rede Sinn war dunkel, die Parteien des Reichstags sind sämmtlich in ihrem alten Bestande und Zusammenhang da, nur die nationalliberale Partei giebt viele Räthsel auf. Heute hat uns Herr v. Stauffenberg erklärt, daß er mit mehreren Freunden eigene Wege wandle. Das scheinen nicht die Wege des Herrn von Bennigsen zu sein. (Heiterkeit.) Wie diese Wege beschaffen sind, wird die Zukunft lehren. Aber das muß ich doch sagen, daß die großen Schwierigkeiten der parlamentarischen Verhältnisse wesentlich darin beruhen, daß die Herren Nationalliberalen so wenig kalkulabel sind. (Große Heiterkeit.) Herr v. Treitschke hat sich im Gegensatz zum Herrn Kriegsminister in einem feierlichen Appell an den Patriotismus, speziell die Nationalliberalen, ergangen; sachliche Gründe hat er nicht vorgebracht. Gegen die Anschauung aber erhebe ich Protest, daß erst jetzt eine Nation entstanden sei. Auch vor 1866 hat Deutschland und die deutsche Nation existirt, an Siegen und Ehren reich. Ich möchte den verehrten Herrn fragen, ob er vielleicht die Freiheitskriege für keine Manifestation der deutschen Nation anerkennt, ob er, vor den Standbildern Gneisenau's und Blücher's stehend, behaupten mag, es habe damals keine deutsche Nation gegeben. Es berührt mich wunderlich, wenn ich dergleichen höre, und was den vielgeschmähten Bundestag betrifft, so will ich abwarten, ob wir nach 50 Jahren noch ebenso viel Wohlstand, Frieden und Freiheit haben werden wie damals. Graf Moltke hat auf die Zeit hingewiesen, die nun hoffentlich vorüber sei, da Schweden, Franzosen und andere Ausländer auf deutschem Boden wirthschafteten und Städte und Dörfer in Ruinen verwandelten. Aber wenn jene Ruinen entstanden sind, so war nicht Mangel an Kriegsvolk daran schuld. Die Ursache liegt auf einem ganz anderen Gebiete, das ich heute nicht berühren will, weil es noch nicht so sehr der Geschichte angehört, daß nicht noch heute ihre Schatten in die Gegenwart fallen. Auf Einzelheiten gehe ich nur im Anschluß an eine Aeußerung des Herrn v. Maltzahn-Gültz ein. Er proponirt Herrn v. Stauffenberg die Annahme einer festen Friedenspräsenz und meint, es wäre dann in jedem Jahre Raum für Erwägungen frei gewesen. Für Erwägungen allerdings, aber für sonst nichts; sagt die Regierung nein, so bleibt Alles beim Alten. Erwägungen sind uns auch jetzt freigestellt, nur bleiben sie Monologe. Die Vorschläge und Andeutungen des Herrn v. Stauffenberg verdienen jedenfalls aufmerksamste Erwägung in der Kommission. Die Wehrkraft eines Landes hängt nicht allein von seiner Armee, sondern hauptsächlich von seinem Wohlstand ab. Wir erschöpfen leider unsern Wohlstand für Kriegszwecke im Frieden. Die Wehrkraft wird aber auch dadurch erhöht, daß jeder in der Nation für die heiligsten Interessen, die er hat, Schutz und Anerkennung findet. Das ist leider in Deutschland nicht der Fall. Die kirchenpolitischen Kämpfe in Deutschland und besonders in Preußen ziehen eine tiefe Kluft; aber anstatt dieselbe möglichst rasch zu schließen, verläßt man sich nur auf die Gewalt der Waffen. Was die Abrüstungsfrage betrifft, so wurde dieselbe von Graf Frankenberg und Herrn v. Treitschke nicht mit dem nöthigen Ernst behandelt. Eine allgemeine Abrüstung ist ja sehr schwer zu erreichen, das mächtige deutsche Reich aber wäre wohl im Stande, auf eine Verminderung der stehenden Heere hinzuwirken. Graf Frankenberg verweist uns in dieser Beziehung auf den Papst. Es sollte ihm aber doch noch erinnerlich sein, daß in Deutschland und besonders in Preußen dem heiligen Vater die Thüre so ziemlich verschlossen ist, und daß gerade von Seiten des Papstes unausgesetzt der Frieden gepredigt wird. Ich will wünschen, daß es dem Einflusse des Herrn v. Frankenberg bei seinen Fraktionsgenossen und diesen wieder durch ihren Einfluß bei der Regierung gelingt, der Stimme des heiligen Vaters Gehör zu verschaffen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. B e b e l: Der Gegensatz zwischen den Reden der Abgg. v. Stauffenberg einerseits und v. Bennigsen und v. Treitschke andererseits ist insofern bedeutend, als er zeigt, daß auch bis in die bisher regierungsfreundliche nationalliberale Partei hinein die Fühlung mit der Ansicht breiter Massen der Bevölkerung gedrungen ist. Ohne Gefahr für das jetzige Staatssystem kann man auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen. Sollte das Ausland wirklich deutsches Gebiet antasten, dann wird auch die Sozialdemokratie gegen dasselbe Front machen. Die strikt beweisenden Zahlen des Abg. Richter hat Graf Moltke keineswegs widerlegt. Der Abg. v. Bennigsen hat sich mehr auf das Gebiet der hohen Politik begeben, er hat die Rede gehalten, die Fürst Bismarck vielleicht gern halten möchte, aber nicht halten konnte. Es zeigt das ja, daß die Aktien für die Regierungsfähigkeit der nationalliberalen Partei im Steigen sind. Man hat uns gestern mittelst einer auf dem Tisch des Hauses ausgelegten Karte zu zeigen versucht, wie drohend die russischen Truppen an der österreichisch-deutschen Grenze dislozirt sind. Wie standen denn diese Truppen vor dem russisch-türkischen Kriege? Ich glaube ebenso. Die westlichen Gouvernements Rußlands sind stärker besetzt, weil sie viel kultivirter sind als die östlichen und weil Rußland auf das ehemalige Königreich Polen Rücksicht zu nehmen hat. Im Falle wir im Bunde mit Oesterreich-Ungarn in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden sollten, wird sich auch die Türkei die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Revanche an Rußland zu nehmen. Wir stehen also Rußland gegenüber nicht so isolirt da, wie man darstellt. Was unser Verhältniß zu Frankreich betrifft, so hat der Abg. v. Bennigsen behauptet, daß auch ohne die Annexion von Elsaß-Lothringen das Revanchegeschrei Frankreichs nicht verstummt wäre. Das mag von einem monarchischen Frankreich richtig sein, nicht aber von einem republikanischen. Durch unser Militärsystem werden unsere tüchtigsten Arbeitskräfte zur Auswanderung getrieben, sie haben die mit uns so konkurrirende amerikanische Industrie groß gemacht. Durch unser Militärsystem degenerirt die Nation, weil es sie der tüchtigsten und zeugungskräftigsten Männer beraubt. Auch hierbei kommt das herrschende Klassensystem zur Geltung, der Arme muß drei Jahre dienen, der Begüterte wird Einjährig-Freiwilliger. Mit diesem System müssen wir brechen und das ganze Volk in gleicher Weise und in kürzerer Zeit zur Vertheidigung des Vaterlandes, sobald das nöthig ist, wehrhaft machen.

Abg. G n e i s t: Gewiß war die deutsche Nation berechtigt, auf eine endliche Erleichterung ihrer Militärlasten zu rechnen. Ist es uns dennoch nicht vergönnt, die Segnungen des Friedens ohne Sorge zu genießen, so werden wir in dieser Lage, in welcher die verbündeten Regierungen nicht der Schein eines Vorwurfs trifft, auch unsere Klagen auf ihr berechtigtes Maß zurückführen müssen. Zunächst ist es keine unerhörte Zumuthung, den Bestand des Heeres auf sieben Jahre festzustellen, vielmehr haben wir einen andern als einen solchen Zustand niemals gehabt. Alle konstitutionellen Verfassungen Deutschlands sind nach 1815 entstanden. Alle haben das Angebinde einer eisernen Zahl ihres Heeres mitbekommen. Alle waren bundesmäßig verpflichtet, ein Prozent der Bevölkerung von 1818 auf dem Fuß des stehenden Heeres zu halten. Keine deutsche Kammer hat die Freiheit gehabt, diese Minimalzahl zu unterbieten. Ich will die alte Meinungsverschiedenheit unter uns nicht noch einmal aufregen, nicht nochmals ausführen, daß die Theorie von einer Feststellung des Heerbestandes durch das jährliche Budget mit der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar, namentlich für Deutschland ebenso staatswidrig wie geschichtswidrig ist; aber wo und wann hat denn in Deutschland das parlamentarische Recht bestanden, welches durch die Regierungsvorschläge geschmälert sein soll? Die Regierungsvorschläge enthalten vielmehr das schon wiederholt angenommene Kompromiß, welches auch die Budgettheorien grundsätzlich wahrt und nach Ablauf einer einmaligen Periode des jetzt 7jährigen Militärdienstes dem Reichstag die volle Freiheit des Handels zurückgiebt. Unbestreitbar ist sicher die schwere Belastung der Arbeitskraft der Nation durch ein Prozent der Bevölkerung unter den Waffen. Jedenfalls haben wir in minder bedenklichen Zeiten einen niedrigen Maßstab noch nicht gehabt. Es war der Maßstab, der auch in Zeiten eines heftigen Konflikts von der Volksvertretung der Staatsregierung entgegengetragen wurde. Und selbst Preußen und Oesterreich haben dabei besser bestanden als jene Theile Europas wo eine verkümmerte und verkrüppelte Fabrikbevölkerung sich der Freiheit vom Militärdienst erfreut; denn die Wohlfahrt der Völker beruht auch auf der harmonischen Entwickelung der Körperkraft und des Charakters, und läßt sich nicht nach bloßen Lohn- und Arbeitstagen berechnen. Das Augenfälligste ist unsere Militärlast von jährlich 336, 350, 360 Millionen Mark mit Einschluß der beabsichtigten Erweiterung. Solche Zahlen haben wir allerdings in Deutschland noch nicht gehabt, sie erscheinen aber jetzt in einer Summe, während sie früher unter zahlreiche Budgets sich vertheilten. Sie sind zum Theil entstanden auch durch bessere Besoldung, Verpflegung, reichlichere Vergütigung der Naturalleistungen. Preußen hat auch in baarem Gelde zwei Fünftel dieser Summe schon zu einer Zeit gezahlt, wo es die kleinere und die ärmere Hälfte Deutschlands darstellte. Deutschland bestreitet heute seine Bedürfnisse mit täglich annähernd 5 Mill. M., seine Heereslast mit ziemlich genau 1 Mill. M. Ich glaube, ein Staat, der ein Fünftel seiner Staatsfinanzen zur Militärlast verwendet, kann nach dem Maßstab unterer Kulturstaaten nicht mehr ein Militärstaat heißen. Ein Militärstaat war Preußen, als es beim Tode Friedrich Wilhelms I. fünfmal so viel für das Militär brauchte, als für alle übrigen Bedürfnisse des Staats und des königlichen Hauses. Es war auch noch ein Militärstaat, als es beim Tode Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelm II. dreimal so viel für das Militär beanspruchte, als für alle anderen Bedürfnisse des Staats. Es war auch noch ein Militärstaat in der ersten Epoche unter Friedrich Wilhelm III. bis 1806, als die Militärlast das zweieinhalbfache aller anderen Staatsbedürfnisse betrug. Es ist erst allmälig besser geworden, der Staat hat seinen Kultus- und Wohlfahrtsaufgaben erst gerechter werden können unter der Herrschaft der allgemeinen Wehrpflicht, wo unter Friedrich Wilhelm III. die Militärlast wenigstens auf $\frac{2}{5}$ des Ganzen herabsank. Die Militärlast betrug unter Friedrich Wilhelm I. $\frac{5}{6}$ des Ganzen, unter Friedrich d. Gr. $\frac{3}{4}$ des Ganzen, unter Friedrich Wilhelm III. bis 1807 $\frac{5}{7}$, nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht $\frac{2}{5}$; sie beträgt nach gleichmäßiger Vertheilung der Heereslast jetzt ungefähr $\frac{1}{5}$ des ganzen Staasbedarfs, — schwer genug sicherlich, aber unter welchen Umständen. Es mag dem Einzelnen wie den Völkern schwerer sein, die guten als die bösen Tage zu ertragen. In der Neigung zum kritischen Skrupel wird es sich der Deutsche nie nehmen lassen, an den großen Verhältnissen immer wieder die kleinen und kleinsten Makel zu sehen. Aber umgeben von feindseligen Nationalgeistern soll und muß sich Deutschland daran erinnern: wir haben einst eine viel schwerere Kriegsrüstung getragen mit Geduld und Ausdauer in einer hoffnungslosen Zeit, wir haben sie getragen ohne Hoffnung für die Einheit und Freiheit unserer Nation, muthlos in Zwietracht und Ohnmacht unseres Vaterlandes. Gott hat es anders gewollt. Wir tragen heute unsere Kriegsrüstung in Einheit und Macht, in Sicherheit und Ehre. Wir werden sie auch noch eine gemessene Zeit ferner tragen können, um das Errungene zu behaupten, bis die allgemeine Wehrpflicht allen Kulturvölkern Europa's den Frieden sicherer bringen wird, als das alte System der Werbearmeen. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich verwahrt sich Abg. v. B e n n i g s e n gegen Windthorst und die Anwendung des bekannten Diktums eines preußischen Ministers, die er in Bezug auf v. Bennigsen's Anerkennung der Autorität militärischer und diplomatischer Fachmänner ersten Ranges beliebt hat. Bei einer so verantwortlichen Entscheidung sei das sachverständige Urtheil Bismarck's, Moltke's und Kameke's von höherem Werth als das übereinstimmende Urtheil Windthorst's, Reichensperger's und Richter's. (Sehr wahr!) Seine scherzhafte Wendung gegen Reichensperger hätte Windthorst nicht veranlassen sollen, ihm ernstlich so viel mehr oder weniger starke Annehmlichkeiten zu sagen. (Heiterkeit.) Er sei aber dadurch persönlich nicht verletzt, weil Windthorst da, wo er böse und anzüglich erscheine, es gar nicht so böse meine. (Heiterkeit.) Er sei auch nicht persönlich verletzt, weil er die große Verlegenheit Windthorst's mitempfunden habe, die Beschlüsse des vorigen Jahres und ihre Konsequenzen mit der heutigen Haltung des Zentrums in Uebereinstimmung zu bringen. Zur Aufklärung Windthorst's, der seine Ausführungen über die Parteiverhältnisse des Reichstages so dunkel gefunden habe, könne er im Rahmen der persönlichen Bemerkung nur darauf hinweisen, daß durch die veränderten Verhältnisse in den letzten Monaten eine Stetigkeit der Beschlüsse in vitalen Fragen der Nation bei der jetzigen Majorität von Zentrum und Konservativen in dem Maße nicht sichergestellt sei, wie dies in einer anderen Kombination im vorausgegangenen Jahre der Fall war.

Abg. W i n d t h o r s t entgegnet, Bennigsen habe in der persönlichen Bemerkung sachliche Erörterungen gemacht. Derselbe habe sich, wie der stenographische Bericht ergeben werde, wesentlich und allein für seine Haltung auf die Autorität der Regierung berufen. Redner beanspruche zwar nicht die gleiche Geltung wie die von Bennigsen angeführten Autoritäten, aber er werde sich jederzeit und jeder Autorität gegenüber ein eigenes Urtheil vindiziren. (Beifall.) Er bitte Bennigsen, jedesmal zu sagen, wenn derselbe eine Aeußerung scherzhaft meine, das Zentrum habe die Angriffe Bennigsen's ernst genommen. Er wünsche nicht, daß dieser Gegenstand Veranlassung gebe zu einer Differenz zwischen den Parteien. (Der Redner wird hier vom P r ä s i d e n t e n Grafen A r n i m unterbrochen, weil er den Rahmen der persönlichen Bemerkung überschreite. Während Bennigsens persönlicher Bemerkung hat v. Franckenstein das Präsidium geführt. W i n d t h o r s t verweist auf die entsprechenden Ausführungen des Vorredners und spricht, als ihm der P r ä s i d e n t bemerkt, er habe während derselben das Präsidium nicht geführt, sein Bedauern darüber aus, daß nicht wenigstens in solchen Augenblicken eine Kontinuität des Präsidiums besteht.) Ob die jetzige Majorität fester sei als die frühere, werde sich in der Folge zeigen müssen. Es werde sich eine Zeit finden, wo er sich mit Bennigsen über diesen Punkt recht explicite unterhalten werde und es solle ihm dann nicht geschenkt sein. (Heiterkeit.)

Abg. R i c h t e r (Hagen) bemerkt, Bennigsen habe in der von ihm beliebten Weise durch Gegenüberstellung seines und Reichensperger's Namens, denen er auch den Stauffenberg's hätte zufügen können, mit den Namen Bismarck's und Moltke's eine Frage vom Sachlichen in das Persönliche übergeführt. Redner habe ausdrücklich die militärische Autorität anerkannt, aber hervorgehoben, daß es sich hier auch um finanzielle und wirthschaftliche Interessen handele. Und wenn für letztere die Steuerzahler die Abgeordneten nicht als Sachverständige ansähen und wählten, dann wäre allerdings der ganze Reichstag überflüssig.

Das Haus beschließt, d i e V o r l a g e e i n e r b e s o n d e r e n K o m m i s s i o n v o n 2 1 M i t g l i e d e r n zur Vorberathung zu überweisen.

Die zweite Berathung des E t a t s pro 1880/81 wird fortgesetzt. Kap. 7a der Ausgaben Tit. 10 fordert für die Herausgabe des „Deutschen Handelsarchivs" 14,000 M., deren Bewilligung der Referent R i c k e r t beantragt.

Abg. S o n n e m a n n plaidirt heute wiederholt für die Verschmelzung des in Rede stehenden Blattes mit dem Bundes-Centralblatt, worin ihm Hänel sekundirt, der überhaupt eine Centralstelle für alle Regierungsverordnungen und kaiserlichen Erlasse wünscht, wozu sich das Bundes-Centralblatt besonders eignet.

Bundeskommissar Geh. Rath v. M ö l l e r: Die Budgetkommission hat die vom Abg. Sonnemann angeregte Frage erwogen, aber die Verschmelzung beider Blätter für ungeeignet erachtet. Kaiserliche Verordnungen gehören in die Reichsgesetzsammlung, kaiserliche Ernennungen werden üblicherweise im „Reichs-Anzeiger" publizirt. In dem „Bundes-Centralblatt" werden nur die Verordnungen des Bundesraths und der obersten Reichsbehörden publizirt, welche von öffentlichem Interesse sind.

Abg. S t u m m: Für Leute, die Alles lesen müßten, ist eine Zentralisation aller Bekanntmachungen wohl erwünscht, aber für die Interessentenkreise ist eine Sonderung nach Materien in verschiedenen amtlichen Organen angezeigt.

Abg. R i c h t e r (Hagen) glaubt, daß die Publikation aller amtlichen und auch militärischen Bekanntmachungen im Reichsanzeiger

falls deren Auffindung durch ein jedem Jahrgange beigegebenes Inhaltsverzeichniß erleichtert wird, wegen ihrer Schnelligkeit und Zentralisation der Vielheit der amtlichen Publikations-Organe vorzuziehen ist.

Auf Befürworten der Abgg. v. Kardorff und Rickert wird der Kommissionsantrag angenommen.

Bei dem Etat des Reichsgesundheitsamts beantragt die Budgetkommission die Mehrforderung eines Kanzleisekretärs abzulehnen, weil, wie der Referent Rickert ausführt, der jetzige Augenblick, wo das Gesundheitsamt sich offenbar in einer Krisis befindet, wo dessen Thätigkeit noch nicht in einen festen Rahmen gebracht ist, zu einer solchen Mehrbewilligung nicht geeignet ist.

Abg. Stumm: Der Kommissionsbeschluß ist nur mit Stimmengleichheit angenommen worden. Die jetzigen Unterbeamten des Gesundheitsamtes können die ihnen obliegenden Arbeiten nicht bewältigen; die Direktoren und Räthe müßten dabei helfen.

Bundes-Kommissar v. Möller: Es handelt sich nicht um eine vorübergehende, sondern um eine ständige Vermehrung der Kanzleigeschäfte.

Abg. Dr. Mendel kommt auf die Polemik zwischen dem Professor Hirsch und dem „Reichsanzeiger" zurück; Redner konstatirt, daß Direktor Struck nach dem unkorrigirten stenographischen Bericht gesagt habe: „Ich kann nur darauf hinweisen, daß der Bericht (der Pest-Kommission), welchen Geh. Rath Hirsch zusammengestellt hat, noch nicht lange eingetroffen ist." Dieser Passus, den die Zeitungen gebracht haben, fehlt im stenographischen Bericht. (Hört! links.) Dagegen sei amtlich festgestellt, daß der Bericht am 3. Juli der Reichsregierung zugegangen sei. Wenn man die in Rußland getroffenen Maßregeln nicht kenne, hätten ja auch die internationalen Seuchenkommissionen, von denen man gesprochen, keinen Zweck. Jedenfalls hätte man doch den Bericht auf Reichskosten drucken lassen können. Nach der Behandlung, welche Professor Hirsch erfahren, würden sich Männer von wissenschaftlicher Bedeutung zur Stellung als außerordentliche Mitglieder nicht finden. Wenn der Kanzleisekretär dazu nothwendig sei, damit der Direktor die einlaufenden Berichte lese, so möge man ihn bewilligen, sonst aber streichen. (Heiterkeit.)

Bundeskommissar v. Möller: Ein zur Veröffentlichung geeigneter Bericht war von Herrn Professor Hirsch nicht sofort fertig gestellt; es fanden sich Stellen darin, die unter amtlicher Verantwortlichkeit nicht puplizirt werden konnten. Deshalb ist wohl mit Recht gesagt worden, der Bericht lag noch nicht lange vor.

Abg. Dr. Zinn kann den früheren Ausführungen des Abg. Mendel nicht überall beitreten, bezeichnet es aber doch als sehr stark, daß ein Bericht von der Wichtigkeit, wie der Bericht der Pestkommission, dem Direktor des Reichsgesundheitsamtes noch gar nicht zu Gesicht gekommen sei, und daß man einen solchen Bericht nicht einmal der Kosten der Veröffentlichung Werth hält. In dem Geschäftsgange des Reichsgesundheitsamtes müsse ein Wandel geschaffen werden.

Staatsminister Hofmann: Ich bedaure, daß der Vorredner nicht angedeutet hat, wie Wandel geschaffen werden soll; das Gesundheitsamt ist eine technische Behörde, bestimmt zum Beirath der Verwaltung. Sie hat in Fragen der Sanitäts- und Veterinärpolizei Gutachten abzugeben, von denen wenig in die Oeffentlichkeit kommt. Die Thätigkeit einer solchen Behörde darf nicht nach dem beurtheilt werden, was nach außen dringt. Das Opfer, welches der Professor Hirsch durch seine Reise gebracht hat, ist allseitig anerkannt worden; die Verzögerung der Publikation des Berichtes beruht nicht auf der Geringschätzung dieser Arbeit, sondern darauf, daß er umgearbeitet werden mußte. Daß der Reichskasse daraus keine Kosten erwachsen sollen, beruht ebenfalls nicht auf übel angebrachter Sparsamkeit, sondern es wurde vorausgesetzt, daß sich für die Publikation des Berichtes ein Verleger finden werde.

Nachdem noch der Abg. Thilenius den Ausführungen des Abg. Zinn beigetreten, wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß die Position für den Kanzleisekretär gestrichen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Etat).

Die Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums des Czaren.

Aus Petersburg übermittelt uns der Telegraph folgende Nachrichten über den Verlauf des gestern stattgefundenen kaiserlichen Regierungsjubiläums:

Aus allen Theilen des Reiches und aus allen Gesellschaftskreisen sind dem Kaiser zum heutigen Tage überaus zahlreiche Geschenke und Darbringungen aller Art übersandt worden. Stiftungen der verschiedensten Art sind zum Gedächtnisse des Tages gemacht worden.

Nach dem Dankgottesdienst in der Kapelle des Winterpalais hat die Empfangscour stattgefunden. Das diplomatische Corps war dazu vollständig erschienen, alle Säle waren überfüllt. Vor diesem Empfange des diplomatischen Corps waren der Reichsrath in corpore, sowie sämmtliche Minister vom Kaiser empfangen worden. Bei dem Erscheinen des Kaisers heute Morgen auf dem Balkon war die Großfürstin-Thronfolger an seiner Seite. Die Großfürstin macht gewissermaßen die Honneurs an Stelle der leidenden Kaiserin.

Als der Kaiser sich mit glänzendem und sehr zahlreichem Gefolge durch die verschiedenen Säle bei den Empfangsceremonien bewegte, wurde derselbe mit lebhaftem Enthusiasmus begrüßt. Die Adresse des Reichsraths wurde von dem Großfürsten Konstantin verlesen; der Kaiser erwiederte hierauf, indem er seinen Bruder umarmte. Bei dem Empfang des diplomatischen Korps hatte der Kaiser für jeden der Anwesenden ein gnädiges Wort und beauftragte die Vertreter der fremden Staaten, ihren Höfen und den von ihnen vertretenen Nationen für die ihm zu Theil gewordenen Beweise von Sympathie seinen Dank auszusprechen. Zwischen 2 und 3 Uhr machte der Kaiser eine Fahrt durch mehrere Straßen und wurde von der zahllosen Volksmasse überall mit nicht endenwollendem Jubel begrüßt. Unter den stattgehabten Gnadenbeweisen und Verleihungen befindet sich die Erhebung des Präsidenten des Ministerkomites, Walujeff, in den Grafenstand. Der Oberkammerherr Graf Chreptowitsch erhielt den Andreasorden, der Finanzminister Greigh und der Wirkl. Geheime Rath Abaza den Wladimir-Orden 1. Klasse, der Justizminister Nabokoff den Alexander-Newsky-Orden in Diamanten.

Die ganze Feier ist bis Abends ohne jeden Zwischenfall verlaufen, überall herrschte eine freudig erregte Stimmung. Große Menschenmassen durchziehen die Straßen in Erwartung der Illumination, welche glänzend zu werden verspricht; an verschiedenen Stellen sollen Musikchöre spielen. Nirgends ist eine Störung oder Stockung im Verkehr wahrzunehmen. Im Börsensaale ist ebenfalls ein feierlicher Dankgottesdienst zelebrirt worden. Abends findet im Theater Festvorstellung statt.

Der „Regierungsbote" veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß, durch welchen aus Anlaß der Regierungs-Jubelfeier eine ganze Reihe von rückständigen Abgaben und Geldbußen der verschiedenen Klassen der Bevölkerung erlassen wird.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 2. März. [Abgeordnetenhaus.] In Beantwortung verschiedener Interpellationen erklärte der Ministerpräsident, Graf Taaffe, daß dem Inslebentreten einer internationalen Sanitätskommission noch Schwierigkeiten entgegenständen, da bei einzelnen Regierungen verschiedenartige Anschauungen über den Werth einer solchen Kommission herrschten. Graf Taaffe theilte sodann unter dem Beifall des ganzen Hauses mit, daß der Kaiser unter dem 29. v. M. das Gesetz, betreffend die Maßregeln gegen die Rinderpest sanktionirt habe und fügte gleichzeitig hinzu, daß bereits in Ungarn Einleitungen getroffen seien, um die Grundsätze dieses Gesetzes auch in der ungarischen Gesetzgebung zur Geltung zu bringen.

Wien, 2. März. Von bestinformirter Seite verlautet, daß das Präliminar-Uebereinkommen zwischen der Südbahngesellschaft und der ungarischen Regierung wegen des Verkaufs der Linie Agram-Karlstadt gestern unterzeichnet worden ist. Der definitive Verkaufsvertrag soll in der nächsten Woche in Pest unterfertigt werden. Die Verkaufsbedingungen sind: Befreiuung von der Einkommensteuer für 10 Jahre und Zahlung des Kaufschillings in Annuitäten während der ganzen Dauer der Konzession. Bei diesem Anlaß sollen mehrere andere Angelegenheiten geordnet werden, darunter die Errichtung einer Betriebsdirektion in Pest und eine Modifikation des bestehenden Kartells mit der ungarischen Staatsbahn.

London, 2. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Teheran von heute gemeldet, daß die persische Regierung ihr Vorhaben, eine Expedition zur Besetzung Seistans und eventuell auch Herats auszurüsten, aufgegeben habe. Sie sei hierzu durch die Erwägung der politischen Schwierigkeiten veranlaßt worden, welche die Ausführung eines solchen Projektes im Gefolge haben könnte. — Russischerseits ist mit der Errichtung einer telegraphischen Verbindung von Tschikislar nach Chatte begonnen worden.

Verantw. Redakteur J. V. Dr. jur. Paul Hörner in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1880.

Datum Stunde		Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
2.	Nachm. 2	741,7	SW stark	halbheiter	+ 7,8
2.	Abnds. 10	744,4	SW stürmisch	bedeckt	+ 5,9
3.	Morgs. 6	743,0	SW lebhaft	bedeckt	+ 5,3

Wetterbericht vom 2. März, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels.-Grad.
Aberdeen .	730,2	WSW mäßig	wolkenlos 1)	3,9
Kopenhagen	738,0	WSW mäßig	Regen	3,8
Stockholm .	738,0	SSW mäßig	bedeckt	2,0
Haparanda .	726,5	N leicht	Schnee	— 6,8
Petersburg .	734,6	SSW schw.	bedeckt	2,8
Moskau . .	756,4	S still	bedeckt	— 6,8
Cork . . .	742,4	WSW stürm.	Regen 2)	9,4
Brest . . .	756,2	WSW frisch	bedeckt 3)	8,7
Helder . .	746,3	SW frisch	halbbedeckt	4,4
Sylt . . .	740,8	WSW stark	wolkig 4)	3,0
Hamburg .	745,8	WSW stürm.	bedeckt 5)	3,9
Swinemünde	744,4	SW mäßig	Regen	4,4
Neufahrwasser	746,7	S frisch	wolkig	3,1
Memel . .	746,5	S frisch	wolkig 6)	2,8
Paris. . .	759,3	SSW mäßig	heiter	4,1
Krefeld . .	fehlt			
Karlsruhe .	757,5	SW frisch	wolkig 7)	5,4
Wiesbaden .	756,2	W mäßig	heiter 8)	5,0
Kassel. . .	751,2	W frisch	halbbedeckt 9)	4,4
München .	758,3	W frisch	wolkig	5,4
Leipzig . .	751,7	WSW stark	bedeckt 10)	2,5
Berlin . .	747,7	S mäßig	wolkig	4,2
Wien . . .	757,7	still	wolkenlos	— 0,6
Breslau . .	752,4	S leicht	wolkenlos	5,8

1) Seegang leicht. 2) Grobe See. 3) Grobe See. 4) Böig. 5) Nachts stürmisch mit Regen. 6) Seegang mäßig, Abends Staubregen. 7) Nachts Sturm und Regen. 8) Früh stürmische Regenböen. 9) Nachts stürmisch, Regen, Schnee. 10) Früh kurzes Gewitter mit Schnee und Regen.

Uebersicht der Witterung.

Das barometrische Minimum, welches gestern nördlich von Schottland lag, ist etwas ostwärts bis zur norwegischen Küste fortgeschritten und bedingt Fortdauer der unruhigen bis stürmischen Witterung im Nordseegebiete, während über der Ostsee meist mäßige südwestliche Winde wehen. Auf den Scillys herrscht voller Westsüdwest-Sturm. In Deutschland ist bei vielfach zu Regen geneigtem Wetter die westliche Luftströmung lebhafter geworden, in Oesterreich dagegen herrscht stilles wolkenloses Wetter mit leichten Fröste. Leipzig hatte heute Morgen Gewitter. Oxeö gestern Abend Wetterleuchten. Nizza: Nord leicht, wolkenlos Plus 7,8 Grad.
Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. März Mittags 2,86 Meter.
= = 2. = = 3,02 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 2. März. (Schluß-Course.) Ruhig.

Lond. Wechsel 20,475. Pariser do. 81,27. Wiener do. 172,20. K.-M.-St.-A. 146¾. Rheinische do. 158. Hess. Ludwigsb. 106½. K.-M.-Pr.-Anth. 134½. Reichsanl. 99¾. Reichsbank 155¼. Darmstb. 153¼. Meininger B. 102⅛. Oest.-ung. Bk. 724 00. Kreditaktien*) 265½. Silberrente 61⅜. Papierrente 60⅜. Goldrente 73¼. Ung. Goldrente 86¾. 1860er Loose 124½. 1864er Loose —,—. Ung. Staatsl. 211,50. do. Ostb.-Obl. II. 79⅜. Böhm. Westbahn 191½. Elisabethb. 162½. Nordwestb. 145½. Galizier 224¼. Franzosen*) 235. Lombarden*) 75¼. Italiener —. 1877er Russen 88. II. Orientanl. 59⅞. Zentr.-Pacific 110⅜. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 264¼, Franzosen 234, Galizier 223½, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —. III. Orientanleihe —, Lombarden —' Schweizer. Zentralbahn —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 2. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 163¾, Franzosen 234⅝, Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier 224½, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente 86 5/16, II. Orientanleihe 59½, österr. Goldrente —, III. Orientanleihe 60, Papierrente —, 1877er Russen 88½. Meininger Bank —. Fest.

Wien, 2. März. (Schluß-Course.) Ruhig. Spekulationspapiere und Renten mäßig erholt, Bahnen schwach, Valuten nachgebend.

Papierrente 70,57½. Silberrente 71,60. Oesterr. Goldrente 85,40. Ungarische Goldrente 101,85. 1854er Loose 123,00. 1860er Loose 128,25. 1864er Loose 171,50. Kreditloose 179.00. Ungar. Prämienl. 113,00. Kreditaktien 300,60. Franzosen 272,75. Lombarden 88,10. Galizier 260,50. Kasch.-Oderb. 124,00. Pardubitzer 130,50. Nordwestbahn 168,00. Elisabethbahn 189,20. Nordbahn 2360,00. Oesterreich-ungar. Bank 837,00. Türk. Loose 17,20. Unionbank 118,70. Anglo-Austr. 155,80. Wiener Bankverein 154,00. Ungar. Kredit 280,25, Deutsche Plätze 57,35. Londoner Wechsel 117,95. Pariser do. 46,80. Amsterdamer do. 97,45½. Napoleons 9,45½. Dukaten 5,54. Silber 100,00. Marknoten 58,00. Russische Banknoten 1,24¼. Lemberg-Czernowitz 157,50.

Nachbörse: Matt. Kreditaktien 299.20.

Wien, 2. März. Abendbörse. Kreditaktien 300,90, Franzosen 274,00, Galizier 261,00, Anglo-Austr. 156,00, Lombarden 88,60, Papierrente 70,75, österr. Goldrente 85,40, ungar. Goldrente 101,20, Marknoten 58,05, Napoleons 9,44½, 1864er Loose —,—. österr.-ungar. Bank —,—. Nordbahn —,—. Fest auf Paris.

Florenz, 2. März. 5 pCt. Italienische Rente 90,55, Gold 22,40.

Paris, 2. März. (Schluß-Course.) Steigend. Die Liquidation ist gut verlaufen. Mittlere Reports für Italiener 0,12, 1877er Russen 0,12, ungar. Goldrente 0,09, österr. Goldrente 0,10, 3. Orientanleihe 0,10, Franzosen 0,87, Lombarden 0,27, Credit foncier 4,00, Credit mobilier 0,70.

3proz. amortisirb. Rente 84,00, 5proz. Rente 82,50, Anleihe de 1872 116,57½, Ital. 5proz. Rente 81,20, Oesterr. Goldrente 74⅛, Ung. Goldrente 86¾, Russen de 1877 90, Franzosen 582,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 196,25, Lombard. Prioritäten 261,00, Türken de 1865 11,00. 5proz. rumänische Anleihe 73,00.

Credit mobilier 727, Spanier exter. 16⅛, do. inter. 15, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 548, Societe generale 557, Credit foncier 1085, Egypter 286. Banque de Paris 947, Banque d'escompte 786, Banque hypothecaire 651, III. Orientanleihe 61, Türkenloose 38,75, Londoner Wechsel 25,23.

Paris, 2. März. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —, Anleihe von 1872 116,05, Italiener —,—, österreich. Goldrente —,—, ungar. Goldrente 86 5/16, Türken 10,60, Spanier extér. —, Egypter 283,00, Banque otomane —,—, 1877er Russen —. Lombarden —, Türkenloose —,—, III. Orientanleihe —. Behauptet.

London, 2. März. Consols 97 11/16, Italien. 5proz. Rente 80¼. Lombarden 7¾, 3proz. Lombarden alte 10⅜, 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 —, 5proz. Russen de 1872 85½, 5proz. Russen de 1873 85½, 5proz. Türken de 1865 10½, 5proz. fundirte Amerikaner 105¾, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungar. Gold-Rente 86⅛, Oesterr. Goldrente 73½, Spanier 16¼, Egypter 56⅝.

Preuß. 4prozent. Consols 97⅞.

Platzdiskont 3 pCt.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,65. Wien 12,05. Paris 25,45 Petersburg 24⅝.

Marktpreise in Breslau am 2. März 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	22 10	21 70	21 —	20 40	20 —	19 30
Weizen, gelber		21 50	21 30	20 80	20 40	20 --	19 20
Roggen,		17 50	17 30	17 10	16 90	16 70	16 50
Gerste,		17 20	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer,		15 20	15 —	14 80	14 60	14 40	14 20
Erbsen		19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinäre	
Raps	22	75	21	25	19	25
Rübsen, Winterfrucht . . .	21	50	20	25	18	25
Rübsen, Sommerfrucht . . .	21	25	19	25	16	25
Dotter	21	50	19	--	16	—
Schlagleinsaat	25	50	23	50	20	—
Hanfsaat	16	50	15	50	14	50

Kleesamen, schwacher Umsatz rother unverändert, per 50 Klgr. 35—39—46—50 Mk., weißer, preishaltend, per 50 Kgr. 44—53—62—74 M. hochfeiner über Notiz bez.

Rapskuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 Mk.

Leinkuchen, in ruhiger Stimmung, per 50 Kilo 9,50—9,70 Mk.

Lupinen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Klgr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Mk. blaue 7,10—8,00—8,30 Mk.

Thymothee, unverändert, per 50 Kilgr. 18—22—25 Mrk.

Bohnen, ohne Angebot, per 100 Kgr. 20,50—22,50—23.00 Mrk.

Mais, ohne Aenderung per 100 Kgr. 14,60—15,00—15,60 M.

Wicken, unverändert per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Mk.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuscheffel a 75 Klgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuscheffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Ltr. 0,10—0,15 Mark.

Heu: per 50 Kilogr. 2,50 bis 2,80 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—22,00 M.

Mehl: ohne Aenderung per 100 Kilog. Weizen fein 30,50—31,50 M. — Roggen fein 26,50 bis 27,50 M. Hausbacken 25,50 bis 26,50 M., Roggen-Futtermehl 10,90—11.80 M., Weizenkleie 10,20 bis 10,70 Mark.

Breslau, 2. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Kleesaat, rothe, matt, ordinär 24 — 30, mittel 32—36, fein 40—44, hochfein 48—51.

Kleesaat, weiße unverändert ordinär 35—45, mittel 48—52, fein 55—65, hochfein 70—75.

Roggen: (per 2000 Pfd) still, Gekündigt —,— Zentner, Abgelaufene Kündigungsscheine —,— per März und per März-April 174,— Br. per April-Mai 175,50 Br. in Conpens. 172,50 bez. per Mai-Juni 177 Br. per Juni-Juli 178,— Gd. per Juli-August 174 Br.

Weizen: per März 218 Br. per April-Mai 223 Br. per Mai-Juni 227 Br.

Raps: per März 235 Br. 232 Gd. per April-Mai 250 Br.

Rüböl: still, Gekündigt —,— Zentner, Loko 55,50 Br. per März und per März-April 53,50 Br. per April-Mai 53,00 Br. per Mai-Juni 53,50 Br. per Juni-Juli 54,00 Br. per September-Oktober 56,50 Br. per Oktober-November 57,— Br. per November-Dezember 57,50 Br.

Petroleum: per 100 Klgr. loko u. per März 29,50 Br.

Spiritus: matt, Geld. —,— Liter Loko —,— per März und per März April 59,10 Gd. per April-Mai 59,80 bez. per Mai-Juni 60,50 Gd., per Juni-Juli 61,20 bez. per Juli-August 62,— Br. per August-September 62,— Br.

Zink: ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

Produkten-Course.

Köln, 2. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00. fremder loco 24,50, pr. März 23,70, pr. Mai 24,00, pr. Juli 23,75. Roggen loco 19,00, pr. März 18,00, per Mai 18,25, pr. Juli 17,80. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 29,70, pr. Mai 29,10, pr. Oktober 30,10.

Bremen, 2. März. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loko 7,30 à 7,35 bez., per April 7,50 Br., pr. Mai 7,60 Br., per August-Dezember 8,30 Br.

Hamburg, 2. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko unveränd., auf Termine fest. Roggen loko unveränd., auf Termine fester. Weizen April-Mai 230 Br., 229 Gd., per Mai-Juni 231 Br., 230 Gd. Roggen per April-Mai 168 Br., 167 Gd., per Mai-Juni 167 Br., 166 Gd. Hafer u. Gerste unveränd., Rüböl ruh., loko 56½, Mai 56½. Spiritus lustl., per März 51 Br., per April-Mai 50½ Br., per Mai-Juni 50½ Br., per Juni-Juli 50½ Br. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum still, Standard white loko 7,30 Br., 7,20 Gd., per März 7,15 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. — Wetter: Regen.

Glasgow, 2. März. Roheisen. Mixed numbres warrants 64 sh. 3 d.

Produkten-Börse.

Berlin, 2. März. Weizen per 1000 Kilo loko 200—240 M. nach Qualität gef., gelber Märkischer — Mk. ab Bahn bezahlt, per März — bezahlt, per April-Mai 231 bez., per Mai-Juni 230 bis 230½ bezahlt, per Juni-Juli 229½—230 bezahlt, per Juli-August 219½ bezahlt, per September-Oktober 214—213½ bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 173—180 M. nach Qualität gef. Russ. 174¾ a. B. bez., inländ. 174—178 M. ab Bahn bez., Klamm. — M. ab B. bez., per März 173 nominell, per März-April 173 nominell, per April-Mai 174—174½ bezahlt, per Mai-Juni 174 bis 174½ bez., per Juni-Juli 173—173½—173 bez. G. 173½ B., Juli-August 166½—167 bez., per Sept.-Okt. 164 bez. Gek. — Ztr. Regulirungspreis — M bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 137 bis 200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 145—162 nach Qualität gef., Russischer 148—150 bez., Pommerscher 153—156 bez., Ost- und Westpreußischer 148—152 bez., Schlesischer 153—156 bez., Böhmischer 153—156 bez., Galizischer — bez., per März — M., per April-Mai 149 M., per Mai-Juni 150½ M., per Juni-Juli 152 M., per 153 M. Gek. — Ztr. Regulirungspreis — bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 168—205 Mk., Futterwaare 155 bis 166 M. — Mais per 1000 Kilo loko 145—150 bez. nach Qualität. Rumän. — ab Bahn bez., Amerik. — M. ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50—30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0/1: 29,00 bis 27,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,75 bis 24,75 M., 0/1: 24,50 bis 23,50 M., per März 24,45—35 bez., per März-April 24,45—35 bez., per April-Mai 24,45 bis 35 bez., Mai-Juni 24,45—35 bez., Juni-Juli 24,35—24,25 bez. Gef. — Zentner. Regulirungspreis —,— bez. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps 235 — 244 M., S./O.— bez., N./D. — bezahlt — Winterrübsen 230—240 M., S./O. — bez., N./D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 53,8 bez., flüssig — M., mit Faß 54,1 M., per März 54—53, 8—53, 9 Mark, per März-April 54—53, 8—53, 9 bez. S./O. 57,5—57,3—57,4 bezahlt, per April-Mai 54—53,8—53,9 bez., per Mai-Juni 54,5—54,3—54,4 bz., per Juni-Juli —,— Mark, per Juli-August — bezahlt. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — bez. — Leinöl per 100 Kilo loko 66, M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,8 M., per Februar —,— M., per März 24,5 M., per März-April 24,1 M., per April-Mai 24,0 M., September-Oktober 25,5 bez. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 59,8 bez., per Februar — bez., per März 59,8 —59,6 bez., per März-April 59,8—59,6 bez., per April-Mai 60,4 bis 60,3 bezahlt, per Mai-Juni 60,6—60,5 bez.

Stettin, 2. März. (An der Börse.) — Wetter: Leicht bewölkt. + 6 Grad R. Barometer 27,9. Wind: WSW., stürmisch.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loko gelber 215—225 Mark, weißer 215 bis 226 M., per Frühjahr 225—225,5 M. bez., per Mai-Juni 226 M. bez., per Juni-Juli 227 M. bez., per September-Oktober 213 M. bez. — Roggen etwas fester, per 1000 Kilo loko inländischer 165 bis 170 M., Russischer 165 bis 169 M., per Frühjahr 168,5—170—169,5 M. bez., per Mai-Juni 168,5—169 M. bez. — per Juni-Juli 167,5 M. bez., per September-Oktober 160,5 M. bez. Gerste ruhig, per 1000 Kilo loco mittel Brau- 156 bis 170 M., feine do. 160 bis 168 M., Chevalier 170 bis 180 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco inländ. 135—144 Mk., feiner Pomm. 148 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Winterrübsen unverändert, per 1000 Kilo loko 220—230 M., per April-Mai 242 M. Br., per September-Oktober 258 M. bez. — Winterraps per 1000 Kilo loko 225 bis 235 M. — Rüböl matter, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 54,5 M. Br., per März 53 M. bez., per April-Mai 53,25 M. Br., per September-Oktober 56,75 Mk. bez und Br. — Spiritus wenig verändert, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 59 M. bez., per Februar 58,5 M. Br., per Februar-März — M. bez. Br. per März 58,8 M. nom., per Frühjahr 59,5—59,7—59,6 M. bez. M. und Gd., per Mai-Juni 60,2 M. bez., per Juni-Juli 61—60,8 bez., 60,9 M. Br. und Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Rüböl 53 Mark, Spiritus 58,8 M. — Petroleum loko 8,75 M. tr. bez. Regulirungspreis 8,75 M.

Berlin, 2. März. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten im Anschluß an die starken Kurs-Ermäßigungen des gestrigen hiesigen Nachgeschäftes matt gelautet; auch die Wiener Vorbörse hatte unter dem Einfluß politischer Verstimmungen schwache Notirungen gesandt, und der hiesige Verkehr eröffnete heute flau. Einen bestimmten Grund dafür anzuführen, ist kaum nöthig. Die Ueberladung der gesammten Spekulation giebt in letzter Reihe schon längst den genügenden Anlaß zu einer starken Reaktion; außerdem trugen die bekannten politischen Befürchtungen das Ihre dazu bei, und auch die heute gewichenen Roheisenpreise verstimmten. Die hohen Kurse hatten schon beim Monatswechsel alle Kauflust verscheut und zu Realisationen aufgefordert, welche namentlich heute fast überall ziemlich umfangreiche Abschwächungen hervorriefen. Kreditaktien büßten gegen den gestrigen Schluß sofort 6 M. ein, Franzosen 4 M., Diskonto-Kommandit-Antheile 3 Prozent, Deutsche Bank 2 Prozent, deutsche Eisenbahn-Aktien 1—2 Prozent. Besonders matt waren Stamm-Prioritäten der Dortmunder Union, welche sofort 4 Prozent nachgaben und Laurahütte bei 3½ Prozent niedrigerer Notiz. Besonders matt lagen auch russische Anleihen und Noten. Die übrigen Spielpapiere erlitten gleichfalls Einbußen, blieben aber mehr vernachlässigt. Gegen baar gehandelte Aktien lustlos und angeboten, besonders Bergwerks-Papiere matt. Anlagewerthe erfuhren bei großer Stille wenig Veränderungen. Ausländische Eisenbahn-Obligationen und Renten lagen matt. — Gegen die Mitte der Börsenzeit entwickelte sich eine kleine Erholung, bei welcher aber gleichzeitig der Geschäftsumfang abnahm. Die zweite Stunde verlief bei mäßiger Schwankung lustlos; nur in den Spielpapieren fand einige Bewegung statt. Die letzte halbe Stunde verlief recht flau. — Per Ultimo notirte man Franzosen 472—470, Lombarden 151—2—1, Kreditaktien 531—3 bis 2—527, Diskonto-Kommandit-Antheile (gestern 193,40—1,75— bis 2,40) 190,75—89,75—190,50. Hessisch-nass. Bergwerksverein 58 bez. u. Gd. Breslau-Warschauer 102,70 bez. u. Gd. Der Schluß war sehr matt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 2. März 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	106,10 bz
do. neue 1876	4	99,80 bz
Staats-Anleihe	4	99,75 bz
Staats-Schuldsch.	3½	95,60 bz G
Od.-Deichb.-Obl.	4½	103,50 G
Berl. Stadt-Obl.	4½	104,00 bz
do. do.	3½	94,00 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,25 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	104,00 B
do.	5	108,50 bz
Landsch. Central	4	100,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	93,25 bz
do. neue	3½	91,00 G
do.	4	100,25 B
do. neue	4½	103,20 bz
Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	90,00 bz
do.	4	98,75 bz
do.	4½	103,10 G
Pommersche	3½	90,30 bz
do.	4	100,30 G
do.	4½	103,00 G
Posensche, neue	4	99,10 bz
Sächsische	4	98,80 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,30 bz
do.	4	99,10 bz B
do.	4½	101,00 G
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	103,50 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	99,80 bz
Pommersche	4	100,00 bz
Posensche	4	99,70 B
Preußische	4	99,70 B
Rhein- u. Westfäl.	4	100,40 bz
Sächsische	4	100,30 bz
Schlesische	4	100,00 bz
Souvereignes		20,40 G
20-Franksstücke		16,25 G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,19 G
Imperials		
do. 500 Gr.		1395,50 G
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,30 bz
Oesterr. Banknot.		172,05 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.		214,25 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,90 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	282,00 bz B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	137,70 bz G
do. 35 fl. Obligat.	—	174,00 G
Bair. Präm.-Anl.	4	136,00 bz
Braunschw. 20 thl.-L	—	97,50 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr.Anl.	3½	134,50 bz
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	127,75 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,00 bz G
do. II. Abth.	5	119,80 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	189,00 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	186,75 bz
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	91,25 bz
Meininger Loose	—	27,10 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	124,90 bz
Oldenburger Loose	3	157,00 bz
D.-G.-C.-B.-Pf 110	5	107,10 G
do. do.	4½	107,10 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	102,75 bz G
do. do.	4½	100,10 bz G
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,00 B
Nrdd. Grdcr.-H.-A.	5	100,50 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	99,30 bz G

Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 bz G
do. II. IV. 110	5	102,75 bz G
Pomm. III. rkz. 100	5	100,00 bz B
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	106,75 G
do. do. 100	5	102,75 bz G
do. do. 115	4½	104,00 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	101,50 G
do. unk. rückz. 110	5	113,00 bz
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	105,00 B
do. do. 110	5	104,75 bz
Schles. Bod.-Cred.	5	104,50 G
do. do.	4½	103,30 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	101,20 bz G
do. do.	4½	99,50 bz G
Kruppsche Obligat.	5	110,00 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	101,60 bz
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	101,50 B
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	117,50 bz G
Oesterr. Goldrente	4	73,40 bz G
do. Pap.-Rente	4½	60,60 bz
do. Silber-Rente	4½	61,50 bz
do. 250 fl. 1854	4	115,25 B
do. Cr. 100 fl. 1858	—	341,50 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,75 bz G
do. do. v. 1864	—	310,00 bz
Ungar. Goldrente	6	86,80 bz
do. St.-Eisb.Akt.	5	85,10 bz
do. Loose	—	211,00 bz
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	80,80 bz G
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	50,60 G
Russ. Centr.-Bod.	5	77,00 G
do Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	84,50 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	85,50 bz
do. do. 1872	5	85,50 bz
do. do. 1873	5	85,40 bz
do. do. 1877	5	87,80 bz
do. Boden-Credit	5	78,10 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	151,00 bz G
do. do. v. 1866	5	151,00 bz G
do. 5. A. Stiegl.	5	60,30 G
do. 6. do. do.	5	80,90 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	80,00 bz B
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	65,50 G
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,75 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	10,40 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	30,70 bz

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,70 bz
do. 100 fl. 2 M.	169,00 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,48 bz
do. do. 3 M.	20,34 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,30 B
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	172,15 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,25 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	213,55 bz
do. 100 R. 3 M.	212,40 bz
Warschau 100 R 8 T.	213,90 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,25 B
Bk.f.Rheinl.u.Westf	4	43,50 bz
Bk.f.Sprit-u.Pr.-H.	4	53,75 B
Berl. Handels-Ges.	4	110,50 bz G
do. Kassen-Verein.	4	174,00 bz G
Breslauer Disk.-Bk.	4	97,00 bz G
Centralbk. f. B.	4	21,00 bz B
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	91,90 bz
Cöln. Wechslerbank	4	106,50 bz
Danziger Privatb.	4	109,00 bz G
Darmstädter Bank	4	153,75 bz G
do. Zettelbank	4	106,70 B
Dessauer Creditb.	4	99,50 G
do. Landesbank	4	124,00 bz G
Deutsche Bank	4	146,00 bz G
do. Genossensch.	4	113,00 G
do. Hyp.-Bank.	4	93,30 bz
do. Reichsbank.	4½	155,00 bz
Disconto-Comm.	4	190,90 bz
Geraer Bank	4	98,50 G
do. Handelsb.	4	56,50 bz G
Gothaer Privatbk.	4	101,00 bz B
do. Grundkredb.	4	95,50 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	97,75 G
Leipziger Creditb.	4	151,00 bz
do. Discontob.	4	99,75 bz
Magdeb. Privatb.	4	114,00 B
Meckl. Bodencred.	fr.	64,00 G
do. Hypoth.-B.	4	77,50 G
Meining. Creditbk.	4	101,60 bz
do. Hypothekenbk.	4	94,50 bz
Niederlausitzer Bank	4	102,25 bz
Norddeutsche Bank	4	165,50 G
Nordd. Grundkredit	4	63,00 bz G
Oesterr. Kredit	4	
Posener Spritaktien	4	52,50 B
Petersb. Intern.Bk.	4	100,75 bz G
Posen.Landwirthsch	4	
PosenerProv.-Bank	4	112,00 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	93,90 bz G
do. Centralbdn.	4	128,50 bz G
do. Hyp.-Spielh.	4	103,50 bz G
Produkt.-Handelsbk	4	76,50 bz G
Sächsische Bank	4	119,25 bz G
Schaaffhaus.Bankv.	4	105,75 bz G
Schles. Bankverein	4	110,75 bz G
Südd. Bodenkredit	4	131,25 bz B

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	
Dannenb. Kattun.	4	20,00 G
Deutsche Baugesl.	4	72,00 bz G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	10,20 bz B
Dtsch. Stahl- u.Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	68,50 bz
Dortmunder Union	4	15,50 bz G
Egells Masch.-Akt.	4	38,50 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	41,50 G
Floraf.Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm.Näh.	4	56,00 bz B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	134,50 bz B
Georg-Marienhütte	4	113,25 bz G
Hibernia u. Shamr.	4	100,00 bz G
Immobilien (Berl.)	4	87,50 B
Kramsta, Leinen-F.	4	98,00 B
Lauchhammer	4	49,00 bz G
Laurahütte	4	134,50 bz
LuiseTiefb.-Bergw.	4	70,90 bz B
Magdeburg.Bergw.	4	131,50 bz
Marienhüt.Bergw.	4	80,00 bz G
Menden u. Schw.B.	4	105,50 bz G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	69,00 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A.Lit.A	4	86,25 bz G
Phönix B.-A.Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	228,00 bz
Rhein.-Nass.Bergw.	4	98,90 bz
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	28,75 bz
Unter den Linden	4	11,00 B
Wöhlert Maschinen	4	61,00 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	35,30 bz
Altona-Kiel	4	140,80 bz
Bergisch-Märkische	4	109,25 bz
Berlin-Anhalt	4	109,00 bzG
Berlin-Dresden	4	16,40 bzB
Berlin-Görlitz	4	26,00 bz
Berlin-Hamburg	4	194,00 B
Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,00 bzG
Berlin-Stettin	4¾	114,50 bz
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	106,00 bz
Cöln-Minden	4	147,00 bz
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	23,90 bz
Hann.-Altenbeken	4	
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	30,60 bz
Magd.-Halberstadt	4	146,60 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	99,10 G
Niederschl.-Märk.	4	99,60 bzG
Nordhausen-Erfurt	4	28,70 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	183,60 bz
do. Lit. B.	3½	152,50 bz
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	60,30 bz
Rechte Oderuferb.	4	143,25 bz
Rheinische	4	158,00 bz
do. Lit.B.v.St.gar.	4	98,75 bz
Rhein-Nahebahn	4	12,25 bz
Stargard-Posen	4½	103,75 G
Thüringische	4	156,50 bzG
do. Lit.B.v.St.gar.	4	98,50 bzG
do. Lit.C.v.St gar.	4½	104,75 bz
Weimar-Geraer	4½	52,30 bzG
Albrechtsbahn	5	27,75 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	122,00 bzG
Aussig-Teplitz	4	197,50 bz
Böhm. Westbahn	5	96,20 bz
Brest-Grajewo	5	
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	72,00 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	80,75 bz
Kais. Franz Joseph	5	71,00 bzG
Gal. (Karl Ludwig.)	5	112,00 bz
Gotthard-Bahn	6	60,80 bz
Kaschau-Oderberg	5	
Ludwigsb.-Bexbach	4	
Lüttich-Limburg	4	18,40 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	
Oberhess. v.St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	290,90 bz
do. Litt. B.	5	287,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	56,20 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	65,75 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	49,60 bz
Russ. Staatsbahn	5	138,50 G
Schweizer Unionb.	4	
Schweizer Westbahn	4	19,60 bzB
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	71,75 bz
Vorarlberger	5	69,50 bz
Warschau-Wien	4	246,00 bzB

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	42,20 bzG
Berlin-Görlitzer	5	73,00 bzG
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	84,10 bz G
Hannover-Altenbek.	5	
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	100,70 bz G
Magd.-Halberst. B.	3½	88,80 bz B
do. do. C.	5	121,25 bz G
Marienb.-Mlawka	5	89,70 bz G
Nordhausen-Erfurt	5	93,00 bz G
Oberlausitzer	5	40,00 bz G
Ostpreuß. Südbahn	5	100,75 bz B
Posen-Creuzburg	5	75,00 bz G

Rechte Oderuf.Bahn	5	141,90 bz
Rumänische	8	109,25 bz G
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	84,75 bzB
Weimar-Geraer	5	35,75 bz G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	101,25 bzG
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	104,75 G
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	91,25 bzB
do. do. Litt. B.	3½	91,25 bzB
do. do. Litt. C.	3½	88,40 bzG
do. IV.	4½	103,30 G
do. V.	4½	103,50 bzB
do VI.	4½	103,90 bz
do. VII.	4½	103,30 bzG
Aachen-Düsseldf. I.	4	99,50 G
do. do. II.	4	99,50 G
do. do. III.	4½	102,50 G
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II.	4½	103,00 bzG
do. Dortm.-Soest	4	98,75 bzG
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Nordb.Fr.W.	5	103,00 bzG
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	102,50 G
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	102,50 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	103,00 G
do. Litt. B.	4½	103,00 G
Berlin-Görlitz	5	102,75 bzG
do. do. Litt. B.	4½	101,40 bzG
Berlin-Hamburg	4	99,10 G
do. do. II.	4	99,10 G
do. do. III.	5	103,25 bz
Brl.-Ptsd.-M.A.B.	4	99,60 bz
do. do. C.	4	99,60 bz
do. do. D.	4½	101,40 bz
do. do. F.	4½	101,40 bz
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,25 G
do. do. III.	4	99,25 G
do. IV. v. St. g.	4½	
do. VI. do.	4	99,25 G
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	103,40 bz
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	
do. do. Litt. I.	4½	102,80 bzB
do. do. 1876	5	106,00 G
Cöln-Minden IV.	4	99,25 G
do. do. V.	4	99,25 G
do. do. VI.	4½	101,30 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,75 G
do. do. C.	4½	103,75 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	100,30 G
do. do. II.	4½	100,30 G
do. do. III.	4½	100,30 G
Märkisch-Posener	4½	
Magd.-Halberstadt	4½	101,40 B
do. do. de 1865	4½	101,40 B
do. do. de 1873	4½	101,40 B
do. Leipz. A.	4½	102,10 G
do. do. B.	4	99,25 bzG
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	85,10 G
Niederschl.-Märk. I.	4	99,60 G
do. II. a 62½ thlr.	4	99,60 G
do. Obl. I. u. II.	4	99,60 G
do. do. III conv.	4	99,60 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	99,00 G
do. D.	4	99,00 G
do. E.	3½	91,75 bzG
do. F.	4½	103,25 G
do. G.	4½	
do. H.	4½	103,50 bz
do. v. 1869	4½	104,00 bzB
do. v. 1873	4	99,25 bzG
Oberschles. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	103,30 bzB
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,40 B
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,50 bzB
Rheinische	4	100,00 B
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	101,80 bz G
do. v. 1862, 64	4½	101,80 bz G
do. v. 1865	4½	101,80 bz G
do. 1869, 71, 73	4½	101,80 bz
do. v. 1874,	5	101,50 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,40 G
do. II. do.	4½	103,40 G
Schlesw.-Holstein	4½	
Thüringer I.	4	99,60 G
do. II.	4½	
do. III.	4	99,60 G
do. IV.	4½	103,00 G
do. VI.	4½	103,00 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	84,25 bz
Gal. Karl-Ludwig I.	5	91,40 bz
do. do. II.	5	88,40 bz
do. do. III.	5	88,20 bz
do. do. IV.	5	88,40 bz
Lemberg-Czernow. I.	5	75,60 G
do. II.	5	78,20 bz
do. III.	5	73,00 bzG
do. IV.	5	70,50 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	30,40 bzB
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	377,50 bz
do. Ergänzsb.	3	360,80 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,50 bzB
do. II. Em.	5	104,50 bzB
Oesterr. Nordwest.	5	86,50 bzG
Oest.Nrdwstb.Lit. B	5	83,30 bzB
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	73,90 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	79,70 bz
do. do. 1869	5	77,30 bz
do. do. 1872	5	77,30 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	91,80 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	78,50 bzG
Südösterr. (Lomb.)	3	262,50 bzG
do. do. neue	3	263,40 B
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	93,10 bzB
Brest-Grajewo	5	85,20 G
Charkow-Asow g.	5	92,75 bz
do. in Lstr. a 20 40	5	84,00 bz
Chark.-Krementsch.	5	89,00 bz
Jelez-Orel, gar.	5	91,60 bz
Koslow-Woron. gar	5	93,70 bz
Koslow-Woron, Ob.	5	79,10 G
Kursk-Chark. gar.	5	91,20 G
K.-Chark-As. (Obl.)	5	81,00 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	96,40 bz
Losowo-Sewast.	5	80,00 B
Mosko-Rjäsan	5	102,75 bzG
Mosk.-Smolensk	5	93,10 G
Schuja-Iwanow.	5	91,50 B
Warschau-Teresp.	5	93,90 bz
do. kleine	5	93,90 G
Warschau-Wien II.	5	101,90 bz
do. III.	5	100,80 G
do. IV.	5	98,10 G
Zarskoe-Selo	5	78,10 G

Druck und Verlag von W. Decker u. (E. Röstel) in Posen.